

Deutschland-Berlin: IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung
OJ S 115/2023 16/06/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: MD-IT GmbH
Postanschrift: Oudenader Straße 16
Ort: Berlin
NUTS-Code: DE300 Berlin
Postleitzahl: 13347
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@mdit.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.mdit.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YE66U68/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YE66U68>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: IT-Gesellschaft der Medizinischen Dienste der Krankenkassen in privater Rechtsform

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

TI-Anbindung & KIM
Referenznummer der Bekanntmachung: MD-IT TI 2023

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Beschaffung der notwendigen technischen Infrastruktur und Dienstleistungen, um die Gemeinschaft der Medizinischen Dienste an die Telematikinfrastruktur anzuschließen und die Teilnahme an der Kommunikation im Medizinwesen (KIM) zu ermöglichen.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

72510000 Mit der Datenverarbeitung verbundene Verwaltungsdienste

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE300 Berlin

Hauptort der Ausführung: Oudenader Straße 16 13347 Berlin

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Ziele dieser Ausschreibung sind die Beschaffung der notwendigen technischen Infrastruktur und Dienstleistungen, um die Gemeinschaft der Medizinischen Dienste an die Telematikinfrastruktur anzuschließen und die Teilnahme an der Kommunikation im Medizinwesen (KIM) zu ermöglichen. Weiterhin ist der Betrieb inklusive des Supportes für bis zu 5 Jahren zu gewährleisten.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Wertung Zuschlagskriterien im Kriterienkatalog / Gewichtung: 50

Preis - Gewichtung: 50

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 60

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Vertrag beginnt mit dem Start des Regelbetriebes. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 24 Monate. Der Auftraggeber behält sich das Optionsrecht vor, den Auftrag nach Auftragsdurchführung 3 Mal um jeweils 12 Monate auf insgesamt 60 Monate zu verlängern.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt die Bewerber, deren Teilnahmeanträge nicht ausgeschlossen werden mussten, aufgrund der nachgewiesenen technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit aus.

Die folgenden Auswahlkriterien werden hierbei angewendet:

Nr. Beschreibung

1. Technische Anbindung eines Kunden an die Telematik-Infrastruktur mit einem Gesamtauftragsvolumen (Abrechnungssumme) von mindestens 100.000 Euro (netto).
2. Die Ausführung eines Projektes, das die Verarbeitung von Sozialdaten im Gesundheitswesen nach dem SGB X zum Gegenstand hat.
3. Die Realisierung eines Projektes, mit redundantem VPN-Zugang.

4. Zusammenarbeit mit einem öffentlichen Auftraggeber bei der Realisierung eines Telematikinfrastrukturprojektes.

Als öffentlicher Auftraggeber gelten hier haushaltsorientierte Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeindeverbände, Gemeinden) sowie Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts oder juristische Personen des Privatrechts, deren Geschäftsanteile überwiegend (>50%) von haushaltsorientierten Gebietskörperschaften oder Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts in dem vorgenannten Sinne gehalten werden. Bewertungsgrundlage sind die von dem Bewerber mit der Eigenerklärung zur Eignung und ggf. weiteren eigenen Anlagen nachgewiesenen Referenzen.

Der Bewerber hat die geforderten Erklärungen in der Anlage "Eigenerklärung zur Eignung" in den dafür vorgesehenen Feldern vollständig abzugeben. Die Nichterweislichkeit eines Kriteriums geht bei nicht abgegebenen Erklärungen des Bewerbers zu dessen Lasten. Nicht abgegebene Erklärungen werden nicht nachgefordert.

Die zu jedem Kriterium abgegebenen Erklärungen werden nach Maßgabe der Bewerbungsbedingungen für Teilnahmewettbewerb nach Punkten bewertet. Die je Kriterium vergebenen Punkte werden aufsummiert.

Die drei bis fünf Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl werden für die Angebots- und Verhandlungsphase ausgewählt und zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert. Bei Punktegleichstand entscheidet die Höchstpunktzahl beim Kriterium Nr. 1. Bei Punktegleichstand im Kriterium Nr. 1 entscheidet das Los.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Achtung: Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform über die Vergabepattform DTVP abzugeben. Teilnahmeanträge und Angebote in Schriftform (Papier) sind nicht zugelassen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen

- Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: Angabe der HRB/HRA Nummer und des Registergerichts. Alternativer Nachweis: Ist ein Bewerber nach dem Recht des Staates, in dem er niedergelassen ist, nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet oder besteht aufgrund der Rechtsform keine Eintragungspflicht, sind hierzu entsprechende Eigenerklärungen über die Gründe abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

- Gesamtumsatz: Jahresumsatz in EUR (netto), bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist
- Mitarbeiter / Personalentwicklung: Anzahl Mitarbeiter, bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist
- Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Betriebshaftpflichtversicherung: Nachzuweisen ist das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung zur Absicherung von Schäden aus Tätigkeiten, die Gegenstand des ausgeschriebenen Auftrags sind. Die Deckungssumme je Schadensfall muss mindestens 2.000.000,- EUR für Personen-, Sach- und Vermögensschäden betragen. Wenn ein solcher Versicherungsschutz noch nicht oder nicht in der geforderten Höhe besteht, ist eine Erklärung eines Versicherungsunternehmens vorzulegen, nach der der Bewerber im Auftragsfall mit dem geforderten Versicherungsschutz ausgestattet wird.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

- Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Liefer- und Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Liefer- oder Dienstleistungen mit Angabe des Werts, des Liefer- beziehungsweise Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. Zur Nachweisführung ist das Formular "Eigenerklärung zur Eignung" zu verwenden.

- Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung im Unternehmen des Bewerbers

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Referenzen: Die folgenden Anforderungen müssen mit mindestens einer Referenz aus den letzten drei Jahren vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist nachgewiesen werden:

a) Technische Anbindung eines Kunden an die Telematik-Infrastruktur mit einem Gesamtauftragsvolumen (Abrechnungssumme) von mindestens 100.000 Euro (netto).

b) Die Realisierung eines Projektes, mit redundantem VPN-Zugang.

- Maßnahmen zur Qualitätssicherung: Der Bewerber muss eine Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 nachweisen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4.

Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 17/07/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 13/06/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/12/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

- Die Verfahrensteilnahme in gemeinschaftlicher Form (Bewerbergemeinschaft) ist zulässig. Eine Bewerbergemeinschaft wird wie ein Einzelbewerber behandelt (§ 43 Abs. 2 S. 1 VgV). Die Prüfung der Eignung erfolgt unter Berücksichtigung sämtlicher von der Bewerbergemeinschaft eingereichten Unterlagen.
 - Eine Eignungsleihe ist unter den Voraussetzungen des § 47 VgV und nach näherer Maßgabe der Bewerbungsbedingungen im Teilnahmewettbewerb möglich.
 - Bieter haben das Nichtvorliegen der in § 123 GWB und § 124 GWB genannten Ausschlussgründe und das Fehlen eines Bezugs zur Russischen Föderation im Sinne von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zu erklären. Für die Erklärungen sind die Formblätter Anlage 05 (Eigenerklärung gemäß §§ 123, 124 GWB) und Anlage 12 (Eigenerklärung Russland-Sanktionen) ist das Formular Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen zu verwenden.
- Bekanntmachungs-ID: CXP4YE66U68

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt
Postanschrift: Villemombler Straße 76

Ort: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 22894990
Fax: +49 2289499163

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Sieht sich ein Bewerber oder Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen beim Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe der Bewerbungen (bzw. Angebote) gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, 3 GWB).

Teilt der Auftraggeber dem Bewerber oder Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, oder bleibt er untätig, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer zu stellen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert.

Ein Vertrag darf bei elektronischer Übermittlung erst 10 Kalendertrage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber.

Nach Ablauf dieser Frist ist ein Zuschlag möglich, auch wenn eine Frist nach § 160 Abs. 3 GWB noch nicht verstrichen sein sollte. Ein Nachprüfungsantrag müsste daher zur Verhinderung eines Zuschlags vor Ablauf der Frist nach § 134 GWB dem Auftraggeber durch die Vergabekammer zugestellt worden sein.

Die Unwirksamkeit einer Auftragserteilung kann gemäß § 135 Abs. 1 und 2 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information über den Vertragsabschluss, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Postanschrift: Villemombler Straße 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

13/06/2023